

gung selbst auf die Notverordnungspraxis der Regierung mit Zurückhaltung reagierte, vergrößerte sich ihr Legitimationsdefizit. Von 1929 bis 1933 verloren die Gewerkschaften fast ein Drittel ihrer Mitglieder. Da die Gewerkschaften keine praktikablen alternativen wirtschaftspolitischen Vorstellungen anbieten konnten, reagierten die Arbeiter mit Indifferenz, da der Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation nicht mehr einsehbar war, oder mit zunehmender Radikalisierung, von der vor allem die kommunistische Partei profitierte.

Erst unter dem Druck der Nationalsozialisten kam es in Österreich 1932/33 zu einer gewerkschaftlichen Arbeitsbeschaffungspolitik nach dem Vorbild des Programms des ADGB, wobei in den Programmen die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung in den Vordergrund rückte. Damit gerieten die Gewerkschaften in einen Widerspruch zur sozialdemokratischen Partei, der im Interesse der Einheit der Arbeiterbewegung zunächst verdeckt wurde. Erst in der Kontroverse um das »Gesetz über den Freiwilligen Arbeitsdienst« wurden die unterschiedlichen Zielvorstellungen und Organisationsinteressen offenkundig, Anlaß für die Autorin, ein »heillooses Chaos« innerhalb der Arbeiterbewegung zu konstatieren. Unter dem Druck der Gewerkschaften und wegen des Glaubwürdigkeitsverlustes sozialistischer Perspektiven ging auch die Sozialdemokratie zum Konzept des deficit-spending über und unterstützte das Arbeitsbeschaffungsprogramm »Arbeit für 200 000«, das jedoch in der Öffentlichkeit kaum Beachtung fand.

Teile der Gewerkschaftsführung waren jetzt bereit, den Bruch mit der Sozialdemokratie in Kauf zu nehmen und im ständischen System mitzuarbeiten. Diese Strategie blieb aber folgenlos. Die Regierung Dollfuß holte zum Schlag gegen die Gewerkschaften aus und löste schließlich die sozialdemokratischen Organisationen auf. Die Hilfsanstrengungen des Internationalen Gewerkschaftsbundes zeigten wenig Wirkung, immerhin wurde am 12. Februar 1934 der Generalstreik ausgerufen, über dessen Verlauf uns die Autorin im unklaren läßt.

Die in der Einleitung vertretene These, daß die Arbeiterbewegung »an der Rückständigkeit der politischen Kultur in Österreich« (S. 9) gescheitert sei, belegt Weber-Felber nur teilweise. Es gelingt ihr aber aufgrund ihrer sorgfältigen Beschäftigung mit den Quellen, herauszuarbeiten, welchen Schwierigkeiten sich sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften in einem demokratischen Staat ausgesetzt sehen, wenn sich der politische Teil der Arbeiterbewegung in der Opposition befindet. So stellt das Buch zweifellos einen Gewinn für das Verständnis der Ersten Republik in Österreich dar. Die mitunter schwere Lesbarkeit des Buches ist sicher auch auf sein Entstehen aus einer Dissertation zurückzuführen. Manchmal leidet die Übersichtlichkeit der Darstellung unter dem Verfahren der Autorin, ein chronologisches Vorgehen mit kurzgreifenden Längsschnitten entlang den wirtschaftlichen Problemfeldern zu verbinden. Am Ende läßt die Verfasserin die Frage offen, ob eine frühzeitige Wende der Arbeiterbewegung zu Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen die Errichtung des autoritären Systems hätte verhindern können. *Roland Hagemann, Erlangen*

Conan Fischer, *The German Communists and the Rise of Nazism*, Houndsmill, London 1991, 285 S., geb., 40 £.

Seitdem die Gewißheit geschwunden ist, daß die NSDAP die Partei des Mittelstands gegen die Arbeiterparteien war, müssen auch feststehende Annahmen über Rekrutierungsfelder und Mobilisierungsmuster der anderen Parteien während der Weimarer Republik neu hinterfragt werden. Einen wichtigen und anregenden Beitrag dazu liefert Conan Fischer in dem vorliegenden Essay. Kommunisten und Nationalsozialisten, so lautet seine These, bewegten sich keineswegs in getrennten Welten: Beide Parteien kämpften nicht nur gegen die

Republik, sondern auch um ein gemeinsames Wählerreservoir, nämlich die Arbeiter. KPD und NSDAP begegneten sich denn auch immer wieder an den »grass-roots«, etwa bei Parteiveranstaltungen und Kundgebungen. Angesichts der Erfolge, die konservative Verbände und die NSDAP auch unter Arbeitern verzeichneten, entwickelte sich zwischen KPD und NSDAP eine »extended and complex relationship« (S. XI), die der Autor von der Frühphase der Weimarer Republik bis 1933 systematisch darstellen will.

Ausgangspunkt ist das spezifische Dilemma der KPD, der es trotz ihres Anspruches, für das gesamte Proletariat zu sprechen, nur in Ansätzen gelang, die Arbeiter gegen die Republik zu mobilisieren. Trotz beachtlicher Stimmengewinne in bestimmten, meist industriell geprägten Regionen blieb die KPD eine Splitterpartei, der es vor allem in der Stabilisierungsphase nach 1924 kaum gelang, in den Betrieben Fuß zu fassen. Die während der Inflationszeit eingeschlagene Einheitsfronttaktik war ein Mittel, um Wähler anderer Parteien nicht nur der SPD, sondern später eben auch der NSDAP zu gewinnen. Gerade weil die Partei aus einer Position der Schwäche und nicht der Stärke handelte, so lautet eine weitere zentrale These des Buches, war die Einheitsfronttaktik aber risikoreich und »contained the seeds of disaster of early 1933« (S. 19). Zur Erklärung dieser Strategie der KPD ist, wie Fischer argumentiert, ein rigides Links-Rechts-Schema wenig sinnvoll: Obwohl man innerhalb der KPD die NSDAP als einen wichtigen faschistischen Gegner betrachtete, wurde sie doch immer wieder auf die gleiche Stufe wie die als »sozialfaschistisch« diffamierte SPD gestellt (S. 111), ja nationalsozialistische Arbeiter wurden als »desillusionierte Revolutionäre« betrachtet (S. 77). Eines der wichtigen Ergebnisse der Arbeit ist zweifellos, daß der Autor zeigt, wie ernst man seitens der KPD die Erfolge der NSDAP in den Reihen der Arbeiterschaft nahm und wie sehr der Aufbau der neuen Massenorganisation als bedrohliche Herausforderung für die eigene Organisation betrachtet wurde.

Die Reaktionen der KPD werden auf unterschiedlichen Ebenen untersucht. Zunächst stellt Fischer ausführlich die Instrumentalisierung der »nationalen Frage« dar, speziell die Ablehnung des Versailler Vertrages, die vor allem zwischen 1921 und 1923 zu vielfältigen Berührungspunkten zwischen den radikalen Bewegungen führte. So wichtig die nationale Mobilisierungskampagne der Kommunisten ist, so problematisch ist es aber, diese rhetorischen Anstrengungen schon als »Kooperation« (S. 58) zu interpretieren. Was auch in den Jahren nach der Inflation als eine gefährliche und bedenkliche Annäherung an das Vokabular der Nazis erscheint (S. 106), verdiente zweifellos eine ausführlichere Betrachtung unter dem Aspekt der Übernahme populistischer, eben politisch kaum klar verortbarer Argumentationsmuster, in denen Begriffe wie die »Versklavung Deutschlands«, »Freiheit und Brot«, »Kampf gegen das Gewinnlertum«, »Diktatur des Kapitals« etc. eine große Rolle spielten.

Gerade in der Rhetorik gab es viele ideologische Berührungspunkte, die offenbar in zahlreichen Fällen ein Wechseln der Fronten erleichterten. Fischer argumentiert, daß dies kein Zufall war. Angesichts des Aufstiegs der NSDAP versuchte die KPD in der Tradition der Einheitsfrontpolitik gerade an den »grass-roots« eine Brücke zu einzelnen nationalsozialistischen Arbeitern zu schlagen und sie auf diese Weise für die Partei zurückzugewinnen. Angeführt werden die Auseinandersetzungen und Kooperationsversuche insbesondere mit der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation. Damit begab sich die Kommunistische Partei mit ihrer vergleichsweise schlechten Organisationsstruktur und fluktuierenden Mitgliedschaft aber in die Höhle des Löwen: Was als lockere Kooperation, Annäherung und »Fraternisierung« (S. 188) begann, endete für die Partei katastrophal mit einem Überschwenken von Mitgliedern auf die Seite der Nationalsozialisten. Das Argument scheint gerade in diesem letzten Punkt reichlich gesetzt, zumal dem Leser nicht ganz die Proportionen des von dem Autor angenommenen politischen Kurswechsels deutlich werden. Aber das ist selbstverständlich das Problem jeder Arbeit, die kaum auf quantifizierbare Quellen zurückgreifen kann. Zweifellos werden die Quellenbestände des Parteiar-

chivs der früheren SED, die Fischer nicht benutzte (oder nicht benutzen konnte), neue Aufschlüsse zur Sozialgeschichte der KPD und ihrer Strategie liefern. Die von ihm gestellten Fragen werden die Forschung zur Geschichte der KPD während der Weimarer Republik auf jeden Fall noch längere Zeit beschäftigen.

*Martin H. Geyer, z. Zt. Cambridge/Mass.*

Uli Schöler, »Despotischer Sozialismus« oder »Staatssklaverei«? Die theoretische Verarbeitung der sowjetrussischen Entwicklung in der Sozialdemokratie Deutschlands und Österreichs (1917 bis 1929), 2 Bde., Lit Verlag, Münster 1991, 1046 S., geb., 168 DM.

»Wie hältst Du es mit Sowjetrußland?« Sinngemäß war das nach der Oktoberrevolution die Testfrage an die Gruppen und Köpfe der europäischen Linken. Ihre Beantwortung bestimmte weitgehend deren Einordnung in dieses Spektrum. Denn die Einschätzung des Bolschewismus und des bolschewistischen Staates spiegelte die politische und geistige Haltung der Urteilenden wider und ließ Schlüsse zu auf ihr Theorieverständnis, ihre gesellschaftlichen Zielvorstellungen und ihre strategischen Optionen. Schölers zweibändige Monographie, in der er eine enorme Materialfülle verarbeitete und die Positionen innerhalb der Sozialdemokratie in Deutschland und in Österreich scharfsinnig analysierte, ist ein wichtiger Beitrag zur Ideengeschichte der Parteien.

In der Beurteilung der sowjetrussischen Entwicklung bildeten – so Schöler – Karl Kautsky und Otto Bauer in den 1920er Jahren »nur gleichsam die Pole, um die sich die anderen Auffassungen gruppieren lassen« (I, S. 5). Dieser Sicht des Autors entsprechend, nehmen in seiner Darstellung diese beiden herausragenden Sozialdemokraten einen besonderen Platz ein, wobei zu betonen ist, daß Bauers politischer Einfluß um jene Zeit ungleich größer war als Kautskys, der zwar weiterhin unermüdlich publizierte, aber nicht mehr viel Wirkung erzielte. Es kommt jedoch auch eine große Anzahl anderer Sozialdemokraten zu Wort, prominente und fast unbekannt. Den Begriff »Sozialdemokratie« faßt Schöler sehr breit: Neben den großen Parteien Deutschlands und Österreichs spielen die russischen Menschewiki eine wichtige Rolle; auf ihren Einfluß hatte Peter Lösche bereits in seinem 1967 erschienenen Buch hingewiesen, aber in keiner deutschen oder österreichischen Parteigeschichte wird ihre Bedeutung so gründlich behandelt wie im vorliegenden Werk. Eingegangen wird auch auf Gruppen, die aus der SPD ausgeschlossen wurden oder sich von ihr getrennt haben, wie den Internationalen Sozialistischen Kampfbund (ISK) und die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP), sowie gelegentlich auf linke, nicht parteigebundene Zeitschriften und Autoren.

Die Spannweite, die Schöler den sozialdemokratischen Stellungnahmen zu Sowjetrußland zumißt, wird durch seine Beurteilung von Kautsky und Bauer – den beiden »Polen« – gekennzeichnet: »Während Kautsky abstrakte, von Marx und Engels hergeleitete Lehrensätze über die Voraussetzungen des Übergangs zum Sozialismus, Demokratie und Diktatur als Meßlatte an die russische Revolution anlegt, läßt sich Otto Bauer auf eine Bewertung und Erklärung der realhistorischen Entwicklung unter Zugrundelegung einer Einschätzung der Klassenkonstellation ein [. . .]. Der jungen Sowjetunion steht eine Perspektive zu einer sozialistischen Entwicklung und einer nachgeholtten Demokratisierung als *eine* Möglichkeit offen.« (I, S. 5 f.) Schölers Sympathie gehört den Ansichten Bauers, das zieht sich als roter Faden durch die gesamte Untersuchung. Er ist jedoch kein blinder Verehrer, denn er vermerkt kritisch Bauers »gewissen Hang [. . .] zu einem ökonomischen Determinismus« (II, S. 620) sowie sein »Zögern« und »Schwanken« (II, S. 688) bei seiner Beurteilung der russischen Entwicklung. Freilich sieht Schöler selbst in Bauers Verurteilung des despoti-